

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

287 (7.12.1917)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 1.00 M., 1/2 Jährl. 2.70 M., Zugestellt durch andere Träger 1 M., bezw. 3 M.; durch die Post 1.04 M. bezw. 3.12 M.; durch d. Feldpost 1.06 M. bezw. 3.05 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7 1/2 - 11 1/2 u. 2 - 3/4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleite od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Arbeitskammern.

Von Robert Schmidt.

Zu den sozialpolitischen Aufgaben, die gegenwärtig in den Vordergrund des Interesses gerückt sind, gehört u. a. die Errichtung von Arbeitskammern. Es handelt sich dabei um eine alte Forderung der Arbeiter. Sie ist von den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt im Reichstage erhoben worden und erhielt ihre erste Formulierung in dem Arbeiterbeschützengesetz-Entwurf der sozialdemokratischen Partei vom Jahre 1885. Die Regierung hat ihre anfänglich ablehnende Haltung in der Frage aufgegeben; sie hat auch zweimal einen Gesetzentwurf auf Errichtung einer gesetzlich anerkannten Arbeitervertretung dem Reichstage vorgelegt. Der letzte Entwurf scheiterte an dem Widerstande der Regierung, der die Beschlüsse des Reichstages zu weit gingen. Im wesentlichen handelte es sich um die höchst flechtlichen Streitfragen, ob Arbeitersekretäre in die Arbeitskammer gewählt werden dürften und ob die Arbeitskammer sich auch auf die Angestellten in staatlichen Betrieben erstrecken sollte.

Da nunmehr die Frage der Schaffung einer Interessensvertretung der Arbeiter wiederaktuell geworden ist und die Regierung ihren Widerstand in den oben erwähnten Fragen aufgegeben hat, erheben es angebracht, daß die interessierten Kreise ihre Wünsche in präziser Form zum Ausdruck bringen. Das ist insofern zu geschehen. Es sind die sämtlichen Gewerkschaftsgruppen und Angestelltenverbände zusammengetreten, um — unter Anleitung an den ehemaligen Regierungsentwurf — eine Neuformulierung des Gesetzes durchzuführen. Diese Neugestaltung des Gesetzentwurfs soll dem Reichstag unterbreitet werden und bei der Einstimmigkeit, mit der in dieser Frage die Wünsche in Arbeiter- und Angestelltenkreisen erhoben werden, ist anzunehmen, daß diesen Wünschen nunmehr Rechnung getragen werden wird.

Aus dem Inhalt des ausgearbeiteten Entwurfs mögen folgende, von dem alten Arbeitskammer-Gesetzentwurf grundsätzlich abweichende Forderungen hier hervorgehoben werden: Der neue Entwurf hebt die Bildung der Arbeitskammern nach Berufen auf und fordert die Bildung nach Bezirken. Dabei soll der Berufseigentümlichkeit dadurch Rechnung getragen werden, daß die Kammern für die einzelnen Gewerbezweige, für Land- und Forstwirtschaft, für technische und kaufmännische Angestellte besondere Abteilungen bilden. Der Organisation ist durch diese Änderung eine breitere Grundlage gegeben und ein umfassendes Gebiet zu praktischer Wirksamkeit eröffnet. Natürlich sollen auch die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten den Arbeitskammern angegeschlossen werden. Es bleibt also keine Berufsgruppe außerhalb des Tätigkeitsgebietes der Arbeitskammern.

Ueber die Aufgaben der Arbeitskammern sagt der § 2 des Gesetzentwurfs folgendes:

Insonderheit gehört zu den Aufgaben der Arbeitskammern und der Abteilungen (§ 16):

1. ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu fördern;
2. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der im § 1 bezeichneten Interessen durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie bei Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Bezirke mitzuwirken sowie Gutachten zu erstatten insbesondere über:
 - a) den Erlass von Vorschriften auf Grund von §§ 105b Abs. 2 und 3, 105d, 105e Abs. 1, §§ 120, 120e, 128, 139a, 139c bis m, 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung; § 62 des Handelsgesetzbuches und von Bergpolizeiverordnungen, die den Schutz des Lebens oder der Gesundheit der Arbeiter und die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes durch die Einrichtung des Betriebes bezwecken, sowie von entsprechenden Polizei- und anderen Vorschriften auf Grund der Reichs- und Landesgesetzgebung;
 - b) die in ihrem Bezirke für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Verhältnisse;
3. Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten (§ 1) betreffen, zu beraten;
4. Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken;
5. Mitwirkung bei der Regelung des gewerblichen und kaufmännischen Handelsgesetzes, sowie Anteilnahme an der Schulverwaltung;
6. Förderung der Bestrebungen zum Abschluß von Tarifverträgen, insbesondere durch Sammlung von Material, sowie auf Anrufen der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken;
7. die Errichtung von Sachauschüssen für die Hausindustrie und deren Tätigkeit, insbesondere durch Vereinbarung und Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen zu fördern.
8. Förderung des nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweises;

9. Mitwirkung bei der Arbeitsvermittlung für die Kriegsebeschädigten;
10. Ernennung von Sachverständigen auf Ansuchen der Behörden.

Die Arbeitskammer können selbständig Anfragen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Bezirke veranlassen.

Die Arbeitskammern können durch Beschluß den von den Sachauschüssen für die Hausindustrie als angemessen festgestellten Löhnen unabhängige Kraft geben.

Bekanntlich ist in Arbeiter- und Angestelltenkreisen die Meinung sehr stark vertreten, daß eigentlich die Zusammenlegung, wie sie für die Arbeitskammer in Aussicht genommen ist — die in gleicher Zahl Arbeiter resp. Angestellte und Unternehmer vorsieht — recht wenig begründet erscheint. Man verlangt die Errichtung von Arbeiterkammern, in der Arbeiter und Angestellte ihre sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Interessen selbständig erörtern und behandeln. Der Entwurf kommt diesem Verlangen zu einem guten Teile entgegen, indem er die Einrichtung treffen will, daß die Arbeitskammer nur aus den Arbeitnehmern bestehende besondere Abteilungen bilden, die — unabhängig von dem Einfluß der Unternehmer — gewisse Anforderungen, Anträge und Wünsche der Arbeiter und Angestellten allein beraten und beschließen sollen. Die Aufgaben dieser Abteilungen lassen sich kurz dahin zusammenfassen: Es sollen Wünsche und Anträge der Arbeitnehmer für die Beratung in den Gesamt-Arbeitskammern vorbereitet werden; es sollen eventuell Erhebungen über Höhe der Löhne, die Aufwendung für die Ver-

haltenshaltung sowie über die Dauer der Arbeitszeit veranstaltet werden; es soll Aufgabe der Abteilungen sein, seitens der Staats- und Gemeindebehörden gewünschte gutachtliche Äußerungen abzugeben und schließlich sollen die Abteilungen die Befugnisse haben, Anträge, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten betreffen, an die Staats- und Gemeindebehörden oder ihre Organe zu richten. Damit will der Entwurf bezwecken, daß ein gewisser Aufgabenkreis, der zunächst nur die Arbeiter und Angestellten angeht, von diesen unbeeinflusst beraten wird und allein ihrer Beschlußfassung unterliegt.

Ein sehr wichtiges neues Kapitel in dem Entwurf bilden die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, die Schlichtungsstellen und die Einigungsämter. Es sind das Einrichtungen, die aus dem Hilfsdienstgesetz in veränderter Form und angepaßt den Verhältnissen zur Friedenszeit übernommen sind.

Die Arbeiterausschüsse sollen in allen Betrieben mit 20 oder mehr Arbeitern obligatorisch errichtet werden. Desgleichen soll für die Angestellten, falls mindestens zwanzig nach dem B. G. f. U. versicherungspflichtige Angestellte im Betriebe beschäftigt sind, ein besonderer Ausschuss gebildet werden. Diese Ausschüsse haben Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter resp. Angestellten, die sich auf Betriebsbedingungen, Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Betriebes und seine Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen, sich darüber zu äußern und eine Vermittlung herbeizuführen.

Die Schlichtungsstelle soll für einen kleineren Bezirk errichtet werden; ihre Wirksamkeit ist so gedacht, daß sie ört-

Zehntägige Waffenruhe im Osten. Verhandlungen über Waffenstillstand fortgesetzt. — Deutsche Erfolge in Flandern. Schwere Niederlage der Italiener. 11 000 Italiener gefangen.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 6. Dez. (W. A. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In dem flandrischen Kampfgebiet nahm die Artillerietätigkeit am Abend wieder erheblich an Stärke zu. Südlich und südwestlich von Moeuvres stürzten unsere Truppen englische Gräben und stießen bis über die von Wapenne auf Cambrai führende Straße vor.

Unter der Einwirkung unserer letzten Angriffserfolge und unter dem stetigen Druck von Norden und Osten räumte der Feind zwischen Moeuvres und Marcoing seine vorbersten Stellungen und zog sich auf die Höhen nördlich und östlich von Messuquiere zurück. In scharfer Nachdrängen wurden die Dörfer Grandcourt, Faneux, Cantaign, Noyelles, sowie die Waldhöhen nördlich von Marcoing genommen. Auf 10 Kilometer Breite haben wir unsere Linie bis zu 4 Kilometer Tiefe vorgeschoben.

Auf seinem Rückzug hat der Feind, soweit es die Zeit noch zuließ, die Dörfer durch Brand und Sprengung zerstört. Die Trümmer dieser Dörfer und das zwecklos begonnene Bestreben, an der nun dem Feinde wieder weit entrückten Stadt Cambrai sind die Spuren, die der Engländer von seiner mit so großen Hoffnungen begonnenen, in einer schweren Niederlage endenden Durchbruchschlacht bei Cambrai für lange Zeit auf Frankreichs Boden hinterläßt.

Die Verluste, die der Feind in den letzten Tagen besonders im Bourlon-Walde erlitt, sind außergewöhnlich hoch. Die Zahl der aus den Kämpfen bei Cambrai eingebrachten Gefangenen hat sich auf mehr als 9000, die Beute an Geschützen auf 148, an Maschinengewehren auf 716 erhöht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

An der Ailette, in einzelnen Abständen der Champagne und auf dem östlichen Maasufer zeitweilig verstärkte Feuerartillerie.

Nördlich von Audincourt brachten Sturmtruppen von tapferem Vorstoß gegen französische Gräben eine größere Zahl Gefangene ein.

Gestern wurden im Luftkampf und von der Erde aus 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Unsere Flieger haben die Hafenanlagen von Calais, sowie London, Cherbourg, Gravesend, Chatham, Dover und Margate mit Bomben angegriffen. Große und zahlreiche Brände kennzeichneten ihre Wirkung.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Die bevollmächtigten Vertreter der Obersten Heeresleitung

Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei haben mit den bevollmächtigten Vertretern Russlands für die Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, sowie auf den türkisch-russischen Kriegsschauplätzen in Asien Waffenruhe für die Zeit vom 7. Dezember 1917, 12 Uhr mittags bis zum 17. Dezember, 12 Uhr mittags abgeschlossen.

Die Verhandlungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes werden in einigen Tagen fortgesetzt werden.

Mazedonische Front

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Der am 4. Dezember in den Sieben Gemeinden eingeleitete Angriff der Heeresgruppe des Feldmarschalls Conrad brachte große Erfolge.

Oesterreichisch-ungarische Truppen haben die starken italienischen Stellungen im Meletta-Gebirge erstürmt und gegen mehrfache Gegenangriffe behauptet.

Deutsche Artillerie hat an den Kämpfen mitgewirkt. Bisher wurden 11 000 Italiener gefangen und 60 Geschütze erbeutet.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Fliegerangriff auf Freiburg.

W. A. Freiburg i. B., 6. Dez. Wieder einmal haben heute nacht feindliche Flieger auf die offene Stadt Freiburg Bomben abgeworfen. Soviel bis jetzt festgestellt, ist kein erheblicher Schaden entstanden. Personen sind nicht verletzt.

Waffenruhe.

Amtlich. Die bevollmächtigten Vertreter der Obersten Heeresleitung von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien haben am 5. Dezember mit den bevollmächtigten Vertretern der russischen Obersten Heeresleitung eine Waffenruhe von 10 Tagen für sämtliche gemeinsamen Fronten schriftlich vereinbart. Der Beginn ist auf den 7. Dezember, mittags festgesetzt. Die 10tägige Frist soll dazu benutzt werden, die Verhandlungen über den Waffenstillstand zu Ende zu führen. Zweck mündlicher Berichterstattung über das bisherige Ergebnis hat sich ein Teil der Mitglieder der russischen Abordnung auf einige Tage in ihre Heimat gegeben. Die Kommissionsitzungen dauern fort.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 6. Dezember, abends. (W. A. Amtlich.) Südwestlich von Cambrai wurde Marcoing vom Feinde gesäubert.

liche Differenzen ausgleichen soll. Entstehen in einem Betriebe Streitigkeiten über Lohn- oder sonstige Arbeitsbedingungen und kommt eine Einigung durch den Ausich nicht zustande, so kann, wenn nicht beide Teile eine andere geeignete Stelle anrufen, von jedem die Schlichtungsstelle angerufen werden. Für kleinere Betriebe, für die ein Angestellter oder Arbeiterauschuss nicht in Frage kommt, kann bei Differenzen die Schlichtungsstelle unmittelbar angerufen werden. Für die Zusammenlegung der Schlichtungsstellen ist vorgesehen, daß vom Vorsitzenden der Arbeitskammer der Vorsitzende der Schlichtungsstelle berufen wird. Er darf weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Ihm werden zwei ständige und mindestens ein unständiger Beisitzer beigegeben. Für die Wahl der Beisitzer kommt eine Proportionalwahl in Anwendung.

Das Einigungsamt umfaßt der Bezirk einer Arbeitskammer. Es soll befugt sein, bei wirtschaftlichen Streitigkeiten über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses Verhandlungen einzuleiten und einen Schiedspruch zu fällen. Das Einigungsamt dient auch in einzelnen Streitfällen, die bereits die Schlichtungsstellen beschäftigt haben, als Vermittlungsinstanz. Die Parteien haben das Recht, bei den Verhandlungen vor den Schlichtungsstellen und Einigungsämtern sich durch einen Beisitzer vertreten zu lassen. Damit ist die Möglichkeit geschaffen, daß Gewerkschaftsangehörige die Interessen der Mitglieder in sachgemäßer Weise vertreten können.

Im übrigen sieht der Entwurf die paritätische Zusammenlegung der Arbeitskammern vor, er will die Kosten der Einrichtung dem Reich auferlegen und fordert für die Verhandlungen der Arbeitskammern und ihrer Abteilungen die Deseffektivität, abgesehen davon, wenn es in besonderen Fällen geboten erscheint, die Deseffektivität auszuschließen.

Das war im wesentlichen der Inhalt des Gesetzentwurfs. Reichstag und Regierung werden nunmehr Gelegenheit haben, gerade an der Hand dieses Entwurfs eine wichtige Forderung der Arbeiter und Angestellten, deren Erfüllung schon zu lange hinausgeschoben worden ist, endlich zu erfüllen. Hoffen wir, daß es den vereinten Kräften der großen Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten gelingt, den Reichstag von der Wichtigkeit dieser Gesetzesmaterie zu überzeugen damit endlich der Schritt von den Versprechungen zur Tat getan wird.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 6. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlich wird veröffentlicht:

Deutscher Kriegsschauplatz.

Geleitern wurde zwischen Rußland und den Verbündeten eine 10tägige Waffenruhe vereinbart. Sie beginnt für alle russischen Fronten am 7. Dezember 12 Uhr mittags. Die Waffenstillstandsverhandlungen dauern fort.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Feind hat auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden eine schwere Niederlage erlitten.

Am 4. Dezember früh brachen nach mächtiger Artillerievorbereitung, an der auch deutsche Batterien mitwirkten, die Truppen des Generalfeldmarschalls Conrad zum Angriff gegen die Gebirgsstellungen des Mella-Gebietes vor.

Gewaltige, überhöht angelegte, reich ausgerüstete Abwehrstellungen stützten die zähe geführte Verteidigung. Hoher Schnee und strenge Kälte erschwert das Vorwärtkommen. Aber sorgfältige Angriffs vorbereitung und die Tapferkeit unserer aus allen Teilen Oesterreichs und Ungarns stammenden Angreifer wußten jedweder Gegenwirkung Herr zu werden.

Vorgestern früh fielen der Monte Sabeleche und der Monte Lombardar. Am Mittag stand das Kaiserlich-Regiment Nr. 3 nun dem Monte Miela. Gegen Abend brach vor unserem umfassenden Ansturm der italienische Widerstand auf der Miella zusammen. Die von Valsugana herabstrebenden Bestärkungen des Gegners wurden durch unsere stützende Brenna stehenden Batterien in der Flanke gefaßt.

Zu den gestrigen Morgenstunden verlor nach erbittertem Ringen der Feind den Monte Coma und die Rückhaltstellung bei Pozza. Um 2 Uhr mittags streckte, seit 24 Stunden voll eingeschlossen, die tapfere italienische Besatzung auf dem Monte Castel Gomberis die Waffen. Alles Gelände nördlich der Brenza ist in unserer Hand.

Nebst großen blutigen Opfern kühnten die Italiener an diesen beiden Tagen über 11 000 Mann an Gefangenen und über 60 Geschütze ein. Unsere Verluste sind dank unserer geschickten Kampfführung gering.

Bei Jonson, wo wir seit Wochen auf dem westlichen Flanke stehen, hielt am 4. Dezember das auf allen Kriegsschauplätzen hervorragend bewährte Egerländer Infanterie-Regiment Nr. 73 mehrstündigen Anstürmen überlegener Kräfte siegreich stand.

Der Chef des Generalstabes.

Hindenburg und Ludendorff bei Hertling.

Berlin, 6. Dez. (W.B. Amtlich.) Zur Besprechung mit dem Reichszankler Grafen von Hertling sind Generalfeldmarschall von Hindenburg und General der Infanterie von Ludendorff in Berlin eingetroffen.

Wilson's Kriegserklärung an Oesterreich.

Washington, 5. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Neuter-melung. Präsident Wilson hat in einem Gepräch mit einem Kongreßmitglied erklärt, daß er die Kriegserklärung gegen Oesterreich-Ungarn hauptsächlich deshalb empfohlen habe, weil es notwendig werden könnte, amerikanische Truppen nach Italien zu schicken.

Die Lage in Palästina.

Konstantinopel, 6. Dez. (W.B. Amtlich.) Bericht von gestern: Sinaifront: Die Kampfhandlungen beschränken sich auf starkes Artilleriefeuer an verschiedenen Stellen der Front. Die schon gemeldeten Kämpfe bei Letur-Gel-Zekka waren sehr erbittert. Der Feind erlitt schwere Ver-

luste. 3 Offiziere, 45 Mann wurden als Gefangene eingebracht. Bei den übrigen Armeen keine besonderen Ereignisse.

Das Verhalten der Tschechen im Weltkriege.

Wien, 6. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Die Abgeordneten Schürff, Langenhan und Genossen brachten in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine von 90 deutschnationalen Abgeordneten unterzeichnete Anfrage an den Ministerpräsidenten und den Minister für Landesverteidigung ein über das Verhalten der Tschechen im Weltkriege. Die Anfrage, die 640 Seiten Maschinenschrift lang ist, enthält das gesamte über die Frage gesammelte Material.

Die Niederlage der Engländer bei Cambrai.

W.B. Berlin, 6. Dez. (Nicht amtlich.) Unter ungeheuren Verlusten haben die Engländer am 5. Dezember auf dem Schlachtfeld von Cambrai eine schwere Niederlage erlitten.

Nach dem blutigen Scheitern der 16 großen Flandernschlachten, die nach englischem Eingeständnis der Eroberung der deutschen U-Bootbasis galten, und denen die Blüte des englischen Heeres nutzlos geopfert wurde, wollten die Engländer mit ihrer Offensive auf Cambrai noch einmal versuchen, die Entscheidung zu ihren Gunsten herbeizuführen. Sie spielten Va Banque. Nach anfänglichem Geländegewinn, den die Gloden E. Bauls dem englischen Volke als großen Sieg verkündigte, hat sich dieser anfängliche Erfolg zu einem schweren Zusammenbruch englischer Hoffnungen geirrt. Durch unsere am 30. November eingeleiteten dauernden Gegenstöße und unter anhaltendes Artilleriefeuer um die letzten Geländebestände teuer erkauften Bodens jermüht, vermochte der Engländer dem Druck der deutschen Truppen nicht mehr standzuhalten und wich aus einem großen Teile seiner Stellungen nach schwersten Verlusten zurück. Unter konzentrischer Feuer von drei Seiten dezimiert die dichten Kolonnen des weichenden Feindes. Im schärften Nachdrängen nahmen unsere Truppen die Dörfer Graincourt, Anneux und eroberten ferner Gantaing, Mopelles, sowie das beherrschende Höhenplateau des Bois de Neufs. Auch südlich Marcoing wurden im Handgranatenkampfe ebenfalls unsere Linien weiter vorgeschoben. Unsere Flieger griffen wirksam mit Maschinengewehren und Bomben den zurückgehenden Gegner an und fügten ihm dauernd schwerste Verluste zu. Unter den mehr als 9000 Gefangenen der Schlacht von Cambrai befinden sich 208 Offiziere. Außer den 148 Geschützen und 716 Maschinengewehren wurden zahlreiche Tanks erbeutet, die in großer Anhäufung zertrümmert und zerstört das Schlachtfeld bedeckten. Die außerordentlich schweren Opfer, die das britische Heer hier in den heißen Kampfzügen bringen mußte, konnten an den unzähligen Leichen gefallener englischer Krieger festgestellt werden, die auf den Höhen, in den Wäldern, in den Dörfern und Gehöften, vor allem aber im Bourlon-Walde liegen blieben. Um dieses Waldgelände, das englische Gefangene als Bourlon-Hölle bezeichnen, ist in all den Tagen erbittert gekämpft worden. Der geschlagene Feind hat nicht davor zurückgeschreckt, während seines Niederganges rückwärts die geräumten Dörfer seines französischen Bundesgenossen in Brand zu stecken und zu vernichten. Ganze Teile der dicht besetzten französischen Stadt Cambrai befiel es mit schweren Kalibern und belegte sie mit zahlreichen Bomben. Er richtete dort schwere Zerstörungen an und rief anstatt unter deutschen Soldaten erhebliche Verluste unter der französischen Zivilbevölkerung hervor. Der durch die schwere Niederlage erlittene Rückschlag bei Cambrai und die angerichteten nutzlosen Verwüstungen werden nicht dazu dienen, das Vertrauen der Franzosen zu diesem Bundesgenossen zu erhöhen, dem allein die schwere Verantwortung für die Verlängerung des Krieges und für den damit verbundenen Massenmord und für die Verwüstungen des reichsten französischen Landes seit dem 12. Dezember 1916 trägt.

Wiederkehr einer festeren Ordnung in Finnland.

Wie in Rußland, scheinen sich auch die Verhältnisse in Finnland allmählich zu klären. Die Sozialdemokratie verzichtet einseitig darauf, einen neuen Generalstreik zu proklamieren und gibt sich mit der Sicherung der bisher erreichten Resultate zufrieden. Die Einigung ist auf folgender Grundlage erfolgt:

1. Die Unabhängigkeit Finnlands wird von der sozialistischen und den bürgerlichen Parteien gemeinsam vertreten.

2. Der neue Landtag führt die vom vorigen Landtag beschlossenen Gesetze über den Achtstundentag und die Reform des Gemeinde-Wahlrechts durch.

Ein außerordentlicher Parteitag der finnischen Sozialdemokratie, der wegen der außergewöhnlichen Verhältnisse schleunigst nach Helsinki einberufen worden war, hat eine Resolution beschlossen, in der die Erfolge des Generalstreiks begrüßt, aber die Organisationen verpflichtet werden, den Kampf für Brot und Demokratie energisch fortzusetzen. Die Partei verurteilt Mord, Raub und andere Untaten, behält aber dem Volke das Recht vor, mit den Waffen in der Hand für seine Freiheit zu kämpfen. Die roten Garden sollen zu zuverlässigen, in Uebereinstimmung mit der Taktik der Arbeiterklasse wirkenden Ordner-Organisationen ausgebaut werden. Die Landtagsfraktion und der Parteivorstand sollen sich über die nötigen Maßnahmen einigen. Die neuen Gemeindegesetze sollen raschstens eingeführt, untaugliche Beamte abgesetzt und die ganze Verwaltung demokratisiert werden.

Die Lage in Rußland.

Ein selbständiges Ostland.

Kopenhagen, 6. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Saporanda: Der Estländische Landtag beschloß, die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, die über die Bildung eines selbständigen estländischen Staates beschloß lassen soll. Gleich-

zeitig beschloß der Landtag, daß die höchste Macht kurzzeit in seinen Händen liege. Er erteilt einen Aufruf an alle estländischen Soldaten, worin er die ernste Lage des Landes schildert und die Soldaten auffordert, sofort in die Heimat zurückzukehren und sich dem Vaterlande zur Verfügung zu stellen.

Der russische Kommandant Trones geriet am Montagabend mit einigen russischen Kommissären und Matrosen der Garnison in Streit. Da der Kommandant auf einige von den letzteren gestellte Forderungen nicht eingehen wollte, wurde der Streit immer erister. Ein Matrose erklärte im Verlauf des Streites, daß der Kommandant am Dienstag nicht mehr die Sonne aufgehen sehen werde. Der Kommandant erwiderte, er habe vor dem Feinde gestanden und sei dreimal verwundet worden. Nun wolle er nicht von der Hand seiner eigenen Landsleute fallen. Darauf zog er einen Revolver und erschloß sich.

Wilson's Heuchelbotschaft.

Basel, 5. Dez. In der zur Eröffnung des Kongresses am Dienstag nachmittag verlesenen Botschaft bezieht Wilson den unerschütterlichen Kriegswillen der Vereinigten Staaten, bis das deutsche Volk hat der herrschenden Kreise, unter denen es nicht fähig sei, einen ernstlichen Frieden zu halten, vertrauenswürdige Mittelpersonen besitze. Der Krieg dürfe nicht mit Handgebangen beendet werden, sondern im Sinne der Formel: Weder Amerikaner noch Kontributionen noch Entschädigungen. Er wendet sich gegen einen durch deutsche Kräfte erzielten vorzeitigen Frieden und sagt: „Wir werden den Krieg erst dann gewonnen haben, wenn das deutsche Volk durch seine beglaubigten Vertreter uns sagen wird, es sei bereit, einen Frieden anzunehmen, der beruht auf der Gerechtigkeit und auf der Zustimmung des von seinen Herrschern begangenen Unrechtes und auf der Vergütung des Schadens, der Belgien zugefügt wurde. Die Deutschen haben ihre Herrschaft auf andere Länder und andere Völker ausgebreitet — auf die große österreichisch-ungarische Monarchie, auf die Balkanländer, ja auf die freie Türkei und auf Asien. Diese Länder müssen hier von wieder befreit werden.“

Wilson bezeugt schon seine Bewunderung für Deutschlands Industrie und Wissenschaft und wendet sich gegen einen Frieden, der die militärische und politische Vorherrschaft bedeute. In die inneren Angelegenheiten Deutschlands wolle er sich nicht mischen. Niemand bedrohe Deutschlands Existenz, Unabhängigkeit und friedliche Entwicklung. „Wir müssen hervorheben, daß wir Oesterreich-Ungarn in keiner Weise schaden wollen und daß es nicht unsere Sache ist, uns mit den politischen Institutionen der Völker zu befassen. Wir wollen ihnen in keiner Weise ihr Verhalten vorschreiben, wir wünschen nur, daß sie ihre Angelegenheiten, sowohl die großen als die kleinen, selbst regeln. Wir hoffen, den Völkern der Balkanhalbinsel und des türkischen Reiches das Recht und die Gelegenheit sichern zu können, sich gegen allen fremden Einfluß, gegen die Ungerechtigkeiten und den Despotismus zu wehren und zu schützen. Wenn Deutschland auch fernherin unter der Herrschaft der jetzt herrschenden Klassen stehen würde, könnte man es nicht in den Völkerbund aufnehmen, der in Zukunft den Frieden der Völker garantieren müsse. Dieser Bund müsse eine Vereinigung der Völker und nicht ein Bund der Regierungen sein. Es wäre eben dann auch nicht möglich, die früheren wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wieder aufzunehmen.“

Ueber die Ereignisse in Rußland sagt Wilson: „Das russische Volk ist durch die nämlichen Lügen vergiftet worden, die das deutsche Volk verblenden, und das Gift ist durch die gleichen Hände gereicht worden. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es mir als eine Pflicht erschienen, diese Erklärungen unserer Ziele abzugeben, und diese bestimmte Interpretation dem beizufügen, was ich im Januar im Senat ausgeführt habe. Unser Eintritt in den Krieg hat unsere Haltung in Bezug auf die Regelung die nach seiner Beendigung eintreten muß, nicht geändert.“ (Schluß siehe Seite 5.)

Deutsches Reich.

Eingiehungen von Heerespflichtigen durch die Bezirksverwaltungen.

J.A. Von einer mehr als befremdlichen Art der Eingehung Wehrpflichtiger wird uns aus Dortmund berichtet. Danach verordnet das Bezirkskommando Dortmund II die Gestellungsbefehle nicht mehr durch die Post direkt an die Einberufenen, sondern die Karten gehen den Bezirksverwaltungen zu, welche sie dann ausgeben. Von Belegloshausmitgliedern der Bezüge „Holstein“, „Schleswig“, „Margarethe“ und „Vereinigte Schützen“ wird sogar behauptet, daß die Betriebsführer unter den jungen Leuten Auslese halten dürften und erst auf dem Hechenbüro die Namen der Wehrpflichtigen in die Gestellungsbefehle eintragen. Daß dadurch die Betriebsleitungen die Möglichkeit erhalten, unbequeme Leute zu entfernen und Günstlinge zu schonen, liegt klar auf der Hand. Die Erregung über diese Art der Einberufung ist im Ruhrrevier außerordentlich. Was sagt das Kriegsministerium dazu?

Eine perfide Intrige.

Von englischer Seite wird die Nachricht verbreitet, daß Anlaß zu der Königs-Zusammenkunft in Kristiania sei eine in Deutschland gefallene Aeußerung, Deutschland fürchte, die steigende antideutsche Stimmung in Norwegen könne damit enden, daß Norwegen England eine Flottenbasis in Norwegen einräumen würde und daß Deutschland sich in diesem Falle eine Basis in Dänemark schaffen werde. Die „Nord. Allg. Ztg.“ bemerkt unter der oben wiedergegebenen Epithymark:

„Es handelt sich offenbar um eine besonders perfide Intrige unserer Gegner, welche auf dem Umwege über die dem englischen Pressezusammenhang nahestehende amerikanische Presse ihrem Aerger über die Königszusammenkunft in Norwegen Luft machen. Dieser Aerger könnte nur dadurch erklärt werden, daß die Entente von dieser Firstenzusammenkunft eine Störung ihrer Untertie in den nordischen Reichtümern befürchtete. Alles, was über angebliche Pläne Deutschlands, Aeußerungen des Staatssekretärs des auswärtigen Amtes oder deutschen Druck auf Dänemark gemeldet wird, beruht selbstverständlich auf freier Erfindung.“

Lon... Daily Minister habe, betreffen bringen, und jede

742 neu... Einem... tour, die... in den... wurde... lungen... gen und... auf ein... waren die... führung... Weisall... bestand... berg, Wun... scha und... die Partei... Referimen... gatorisch... Mitglieder... eine Anzahl... Erfolg in... Neuaufnah...

Unter...

Aus de... in der be... Verlagsband... Wir entneh... des Machin... noch behält... praktisch an... Erfinder ist... einer Maxim... genannt, das... land eingefü... erstes Raj... traileuse beg... Erfindung an... lei Mängel, u... brauch des... kommenden... lische Verwe... sich vervollk... sden Krieg... Einwirkung... schinengeme... Kriegsgesch... worden. Ein... Geleitswert... Rußland bei... es als keine... nicht die... sgar so weit... gebeten a... hohe Zahl, die... stellt worden... beweisen an... beutung von... mit an vor... Maschinenge... Heizer, Ab...

Wirtschaftliche Maßnahmen im preussischen Landtag.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat der Abg. Dr. Bell (Essen) mit Unterstützung des Zentrums einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, 1. das Tätigkeitsgebiet der Kriegshilfskassen dahin zu erweitern, daß deren Mittel auch Nichtkriegsteilnehmern, namentlich Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes zugute kommen, die durch die Kriegswirkungen eine schwere wirtschaftliche Schädigung erlitten haben und zwar unter weitestmöglicher Mitwirkung der gewerblichen und gewerkschaftlichen Ständeorganisationen; 2. beim Bundesrat dahin zu wirken, daß bei der Regelung der Übergangswirtschaft folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden: a) weitgehende Heranziehung des Handels, seiner Fähigkeiten und sachlichen Erfahrungen sowie besonders seiner Organisationen für die Rohstoffversorgung während der Übergangszeit; b) rasche und gleichmäßige Abgabe der bei Kriegsende noch im Besitze der Kriegsverwaltung befindlichen Vorräte an Rohstoffen, Material und Maschinen zu möglichst billigen Preisen an Handwerk, Baugewerbe und Industrie ohne Gründung neuer Kriegsgesellschaften, wobei in erster Linie so weit als möglich durch den Krieg geschädigte Handwerker und Gewerbetreibende zu berücksichtigen sind; c) Förderung der Errichtung von Hypothekensparbanken und Ausbarmadung der Mittel der öffentlichen Sparbanken und Berufsgenossenschaften zur Wiederbelebung der Bauwirtschaft, namentlich durch Herabgabe zweifeltiger Hypotheken und Baubankleihen zu möglichst günstigen Verzinsungs- und Tilgungsbedingungen; d) Unterstützung der durch den Krieg oder durch kriegswirtschaftliche Maßnahmen besonders hart betroffenen mittleren und kleineren Gewerbebetriebe durch vorzugsweise Zuweisung von Rohstoffen und öffentlichen Arbeiten, besonders an die gewerkschaftlichen Organisationen; e) Anerkennung der den Revisionsverbänden angehörenden Rohstoffgenossenschaften für Großhändler ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Gründung.

Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Im preussischen Abgeordnetenhaus begann am Mittwoch die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage unter starkem Andrang des Publikums und bei fast vollbesetztem Hause. Die Beratung wurde eingeleitet durch eine kurze, aber entschlossene Rede des Ministerpräsidenten Grafen Hertling, worin er die Erklärung abgab, daß er aus voller Ueberzeugung bereit sei, das wiederholt u. feierlich gegebene Wort des Königs einzulösen. Er wies darauf hin, daß die Vorlage einen entscheidenden Wendepunkt in der inneren Entwicklung Preußens bedeute u. daß er sich vollkommen darüber klar sei, daß dieser Wendepunkt in vielen Kreisen schmerzliche Gefühle und schwere Bedenken auslösen werde.

Die Konservativen und der größte Teil des Zentrums hörte dieser von lebhaftem Beifall auf der linken Seite des Hauses begleiteten Rede des Ministerpräsidenten stillschweigend zu. Ebenso eifriges Schweigen begegnete den Worten des Ministers der Innern, der äußerst energisch sich nicht nur auf den Boden der Vorlage stellte, sondern auch bei der ersten Lesung die Einführung eines Pluralwahlrechtes, wie es von verschiedenen Seiten gefordert wurde, als ebenso unannehmbar bezeichnete, wie etwa ein berufständiges Wahlrecht. Es dürfte wohl noch niemals einen Minister des Innern in Preußen gegeben haben, der mit solcher Entschiedenheit der Konservativen entgegengetreten ist. Nach seiner Rede gibt es für die Regierung kein Zurück mehr; es bleibt ihr im Falle der Ablehnung der Vorlage, besonders im Falle der Ablehnung des Pluralwahlrechtes nichts übrig, als von andern Mitteln Gebrauch zu machen. Das scheint auch die Absicht des Ministers Dreves zu sein; denn er erklärte ausdrücklich, die Regierung werde alle verfassungsmäßigen Mittel benutzen, um dafür zu sorgen, daß die Vorlage Gesetz wird. Welche Mittel er darunter versteht, darüber ließ er sich nicht näher aus. — Nachdem dann der Finanzminister die etatsmäßigen Änderungen der Gehaltsentwürfe begründet hatte, kam zunächst der Führer der Konservativen, Abg. v. Heydewitz zu Wort, dessen Ausführungen beweisen, welche Erbitterung in den Kreisen der Konservativen über die beabsichtigte Wahlrechtsreform herrscht. Heydewitz beschränkte sich nicht darauf, an der Regierungsvorlage Kritik zu üben, sondern er zog alle Fragen der inneren und sogar der äußeren Politik in den Bereich seiner Betrachtungen, er malte das Gespenst des Parlamentarismus und den Untergang Preußens an die Wand, polemisierte scharf gegen den Reichskanzler und Ministerpräsidenten, der, erst nachdem er sich auf das Programm der Mehrheitsparteien verpflichtet, seine Arbeit übernommen habe.

Der Ministerpräsident antwortete sehr geschickt; es gelang ihm die Darstellungen Heydewitz über die Vorgänge bei seiner Ernennung mit wenigen Worten abzutun und die wirklichen Vorgänge richtig zu stellen.

Dem Abg. Heydewitz trat Dr. Raabke entgegen, der sich unumwunden für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aussprach. Dr. Raabke vom Zentrum erklärte, daß seine Freunde von jeher für das geheime und direkte Wahlrecht gewesen seien. Ueber die Frage des gleichen Wahlrechtes bestanden unter ihnen Meinungsverschiedenheiten; ein Teil seiner Freunde wäre dafür, ein anderer werde seine entgeltliche Stellungnahme vom Ergebnis der Kommissionsverhandlungen abhängig machen.

Am Donnerstag wurde die Besprechung der Vorlage fortgesetzt. Als erster Redner sprach Abg. Lehmann (Nat.): Welche Stellung wir zu der Vorlage annehmen, kann ich jetzt noch nicht sagen. Wir haben stets die Reformbedürftigkeit des Wahlrechtes anerkannt und wiederholt das direkte und geheime Wahlrecht verlangt. Wir wünschen aber nicht, daß die Gebildeten und Besitzenden von den Massen unterdrückt werden. Die große Mehrzahl meiner Freunde hat schwere Bedenken gegen die Vorlage. Die Vorlagen bilden ein einheitliches Ganzes und müssen daher von einer Kommission herantreten.

Abg. Ströbel (N. 204): Wir hätten erwartet, daß wenigstens die Nationalliberalen für die Einführung des Königswortes einreten und das gleiche Wahlrecht fordern, auch für die Gemeindevorstände. In einer Zeit, wo es sich um die Geschichte der ganzen Menschheit handelt, wo wir die Revolution in Rußland gesehen, sollten dem Volke endlich die lange vorenthaltenen Rechte eingeräumt werden. Wir fordern das gleiche Wahlrecht im In-

teresse des Friedens und die Selbstbestimmung der Völker im Innern. Wir müssen eine Demokratie haben, wenn wir zu vernünftigen Friedensverhandlungen kommen wollen. Sie (nach rechts) und die Unfähigkeit der Regierung haben das Volk in diese Notlage gebracht. (Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.) Die jetzige Vorlage hat noch große Mängel. Wir fordern auch das Frauenwahlrecht und erwarten, daß auch die Konservativen sich für einen Verständigungsfrieden erklären werden. Das deutsche Volk erstrebt die Demokratisierung und einen Frieden ohne Anzügen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Abg. Ströbel gehört zu den Politikern, die dem Auslande einen Freibrief erteilen zur Verlängerung des Krieges. (Lebhaftige Zustimmung.) Ich möchte Verwahrung einlegen, daß die Verhandlungen, die jetzt mit der russischen Regierung geführt werden, irgendwie in Bezug gesetzt werden könnten zu den inneren Fragen, die wir hier erörtern. Es geht das Ausland überhaupt nichts an. (Lebhaftige Zustimmung.) Der Abg. Ströbel betrachtet die Demokratie als ein Allheilmittel für alles. Mit einem solchen allgemeinen Satz ist in der Politik nichts anzufangen. Bezüglich der Wahlrechtsvorlage fand ich in den Ausführungen Heydewitz nur einen Satz: Seine politischen Freunde betrachten die gegenwärtige Vorlage nicht als geeignete Grundlage für die Reform des Wahlrechtes. Sollte dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß jedes gleiche Wahlrecht der Demokratie und dem Empfinden der konservativen Partei so fern liege, daß die Frage überhaupt nicht diskutiert werden könne, so befindet sich Herr von Heydewitz in einem wesentlichen Irrtum. Bekannt ist die Ansicht Bismarcks über das Dreiklassenwahlrecht. Die konservative Partei will die Autorität die Religiosität aufrechterhalten. Ich kann gestehen, daß mir der Sprung vom jetzigen Wahlrecht zu dem gleichen Wahlrecht nicht leicht ist. Dazu kommen noch die übrigen Bedenken auf futuralem Gebiet, denen auch die Abg. Forch und Hofmann Ausdruck gaben. Ich betone aber immer, daß sich ein abgestuftes Wahlrecht nur so lange aufrecht erhalten läßt, als die Regierung auf diesem Standpunkt steht. Wenn wir jetzt die Vorlage zur Durchführung bringen, so geschieht es mit Rücksicht auf die gesamte politische Lage. Es handelt sich um das Königswort, das unbedingt eingelöst werden muß. Es ist tatsächlich der Wille der Krone, daß unter allen Umständen die Vorlage Gesetz wird. Man befürchtet die Demokratisierung des Hauses. Eine solche Demokratisierung würde auch durch ein Pluralrecht erzielt werden. Die Leistungen des deutschen und preussischen Volkes lassen sich nicht nach Geld werten. Für uns ist nur das gleiche Wahlrecht anzustreben. Innerhalb des gleichen Wahlrechtes werden wir alle Vorschläge prüfen und ihnen entgegenkommen, soweit das die förmliche Politik zuläßt. Wir legen es am Herzen, daß die mächtigsten Volksvertretungen nicht in die radikalsten Tendenzen hineinkommen.

Abg. Febr. v. Jodis (Freison): Es ist nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht, die Vorlagen gewissenhaft zu prüfen. Das Prädikat „gleiches Wahlrecht“ verdient die Vorlage nicht, denn sie bringt Ungleichheiten mit sich. Ein gleiches Landtagswahlrecht bedingt auch ein gleiches Gemeindevahlrecht. Diesen Eingriff in die Städteverfassung wollen wir vermeiden wissen, wie wir die Einmischungen des Reichstags in preussische Angelegenheiten zurückweisen.

Abg. Seyde (Bole): Wir traten stets für ein gleiches Wahlrecht ein und werden uns auf keine Kompromisse einlassen. Das gleiche Wahlrecht wird bekämpft mit Rücksicht auf die Ostmarkenpolitik. Gegen einige Punkte haben wir schwere Bedenken.

Baden.

Ministerwechsel in Baden.

Karlsruhe, 6. Dez. Die vom „Freib. Boten“ veröffentlichte Mitteilung, daß Staatsminister Dr. Freiherr von Dutsch vom Amte zurückzutreten gedenke, dürfte nach unserer Information zutreffen, zumal er selbst in letzter Zeit diese Absicht kundgegeben hat. In dieser Absicht wird der Staatsminister unterstützt durch seinen derzeitigen nicht befriedigenden Gesundheitszustand. Ueber die durch das Ausscheiden des Staatsministers in Frage kommenden Personalveränderungen verläuft noch nichts Bestimmtes.

Ausland.

Verstaatlichung des Arztberufes in England.

London, 4. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Neutermeldung. „Daily Express“ teilt mit, daß Addison die Stellung als Minister für öffentliche Gesundheitspflege angenommen habe. Man hofft noch vor Weihnachten den Gesetzentwurf betreffend Errichtung dieses Ministeriums zur Annahme zu bringen, der den ärztlichen Beruf verstaatlichen und jedermann freie ärztliche Behandlung sichern soll.

Aus der Partei.

742 neue weibliche Mitglieder im Agitationsbezirk Götting.

Einen überraschend guten Erfolg zeitigte eine Agitationstour, die mit der Genoffin Minna Schilling (Döben) als Rednerin in den letzten Tagen im Agitationsbezirk Götting veranstaltet wurde. In zehn Orten des Bezirkes fanden öffentliche Versammlungen statt mit der Tagesordnung: „Für bessere Unterhaltungen und Rechte der Frauen“. Die Versammlungen wiesen bis auf eine einen sehr starken Besuch auf. Besonders zahlreich waren die Kriegserfrauen vertreten. Die ausgezeichneten Ausführungen der Genoffin Schilling fanden überall den lebhaftesten Beifall. Der Erfolg dieser Aufklärungstour unter den Frauen bestand darin, daß in den zehn Versammlungen Götting, Gröningen, Wunsau, Lüben, Langenöls, Leichwitz, Mohs, Penja, Kauscha und Kauschwalde insgesamt 742 neue weibliche Mitglieder für die Partei gewonnen wurden, die zugleich auch als Gleichberechtigte in Frage kommen, da die „Gleichheit“ im Bezirk obligatorisch eingeführt ist. Für die Gewerkschaften wurden ebenfalls Mitglieder und für das Parteiorgan, die „Göttinger Volkszeitung“ eine Anzahl neuer Leser gewonnen. Besonders erfreulich ist der Erfolg in dem bisher schwer zu bearbeitenden Lüben, wo allein 128 Neuaufnahmen zu verzeichnen sind.

Unterhaltung und Belehrung.

Aus der Geschichte des Maschinengewehrs teilt W. Bauer in der bekannten illustrierten Zeitschrift „Der Krieg“ (früher Verlagsbandlung Suttner) sehr interessante Einzelheiten mit. Wir entnehmen dem Artikel folgenden Ueberblick: Die Einführung des Maschinengewehrs in den Heeren der zivilisierten Staaten ist noch verhältnismäßig jungen Datums. Erfinden und erstmalig praktisch angewandt wurde das Maschinengewehr in England. Der Erfinder ist der vor einiger Zeit in London verlebte Nordamerikaner Maxim. Nach ihm wurde auch sein Maschinengewehr benannt, das bald darauf von Deutschland, England und Rußland eingeführt wurde. Maxim hat schon im Jahre 1888 sein erstes Maschinengewehr erfunden und es als automatische Mitrailleuse bezeichnet. Wie alles neue, besaß es aber auch diese Erfindung anfänglich nur sehr geringem Verständnis, wogegen der Mangel, nicht zuletzt auch die große Unhandlichkeit für den Gebrauch des Feldkrieges beizulegen. Man verwendete deshalb das Maschinengewehr anfänglich nur in Festungen und auf Kriegsschiffen. Erst nach 1900 fand das Maschinengewehr die ihm zukommende Beachtung, und der Burenkrieg brachte die erste praktische Verwendung auf der Seite der Engländer. Schon in wesentlicher vervollkommneter Weise wurde es dann im Russisch-Japanischen Krieg und bald darauf in den Kämpfen Deutschlands in Ostafrika verwendet. Die Pereros lernten seine vernichtende Wirkung in besonderer Weise kennen. Von da ab ist das Maschinengewehr in allen europäischen Heeren als unentbehrliches Kriegesgerät, als eine wesentliche Waffe der Infanterie verwendet worden. Eine Reihe praktischer Verbesserungen erhöhten seinen Wert und trugen zu seiner ungeahnten Vermehrung bei. Rußland beispielsweise hat nach dem Russisch-Japanischen Krieg es als seine wichtigste Aufgabe betrachtet, seinen Truppen möglichst viele Maschinengewehre zuzuteilen. Man ging in Rußland gewöhnlich an allen Fronten im Gebrauch sind. Steht doch die Erzeugung von Maschinengewehren bei unserer Rüstungsindustrie an der ersten Stelle und haben doch neben der Artillerie die Maschinengewehre im Heere den weitesten Anteil an der Bewehrung aller feindlichen Durchbruchpunkte gehabt.

Verfeinerung einer Uhrensammlung. Ueber eine kostbare Uhrensammlung aus süddeutschem Privatbesitz, die am 22. ds. in der Galerie Selbzig versteigert wird, schreibt Prof. Dr. Ernst Hoffmann-Jordan, der bekannte Uhren-Historiker, folgendes: Die Sammlung gibt einen Ueberblick über die gesamte Geschichte der tragbaren Räderuhren. Den Anfang machen die in Augsburg ums Jahr 1570 hergestellten, runden, höflichen Kaliber, die ihre Verwandtschaft mit dem an dieser Stelle getragenen Gnadenspenden nicht verleugnen. Dann folgt die Sammlung der Widderstein Uhren gegen die Hälfte des 17. Jahrhunderts. Aus dieser ersten Hälfte der tragbaren Uhren sind die besten damaligen Uhrmacherländer und Uhrmacherstädte mit schönem Charakteristischem Proben vertreten. England ist mit einer Totenkopfuhr des Londoner Meisters Edward East, des Hofuhrmachers König Karls I., vertreten, nach den Niederlanden scheint eine große ovale doienförmige Kaliber zu weiten. Dem Ende dieser Epoche, der Mitte des 17. Jahrhunderts, gehört eine hübsche Kaliber von Urban Dudenbrodt in Stragburg an. Den Einfluß der europäischen Kleinuhrmacherei auf die Türkei, die sich schon wegen Verbeibaltung der ungleichen Temporalstunden abnehmend gegen Räderuhren behielt, beweisen zwei schöne Kaliber zwitserischen Stiles. In der zweiten Hälfte des 17. und im 18. Jahrhundert folgt auch die Form tragbarer Uhren dem Streben des Rokoko nach Eleganz und Verziertheit. Neben dem Email treten Perl-, bierfarbiges Gold u. edle Steine in ihre Rechte. Dieser Zeit gehören weitauß die meisten Stücke der Sammlung an. Teils sind es Uhren, die als Schmuck offen an der Châtelaine getragen wurden und deshalb auch mit hochgetriebenen Reliefs oder mit Steinbesatz verziert sein konnten; andere Stücke wurden in der Tasche geborgen und verlangten deshalb eine flache glatte Gehäusedekoration. Hierfür war das Email besonders günstig. Beginnend mit einer Arbeit noch des ausgehenden 17. Jahrhunderts aus der Werkstatt der Gebrüder Huant von Châtelerault, der frühesten und besten Meister, die neben Jean Rouzin die neu aufgekommene Technik der Malerei auf Email für die Gehäusedekoration verwendeten, zeigt die Sammlung in Ludenlojer Reihe die Geschichte der Emailgehäuse vor allem der Goldemail-Uhren. Die Herstellung von Tafeluhren geht seit Mitte des 18. Jahrhunderts in die Breite. Viel tat dazu die erst im 18. Jahrhundert rasch aufblühende neue Uhrenindustrie der Schweiz. Einer besonderen Sammlerstücke erfreuten sich von jeher die Goldemail-Uhren des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Es ist eine bunte, fröhliche Reihe, die Kaliber, Tafeluhren, diese Uhren

in Gebrauchgegenständen wie Dosen, Perspektiven, in Schmuckgegenständen oft ganz entlegener Form, wie Garfen, Laiten, Käfen, kleinen Pistolen, Uhrengehäusen, für die der Handel den mächtigsten Ausdruck „Formuhren“ hat. Auch die wissenschaftliche Forschung nimmt sich dieser kleinen Kostbarkeiten neuerdings liebevoll an, und E. B. Braun (Troppau) hat in der Zeitschrift „Kunst und Kunsthandwerk“ in diesem Jahre interessante Ergebnisse veröffentlicht, die uns schärfere und sicherere Darstellungen ermöglichen. Darnach werden 1786 Uhren mit Nachahmungen des Sternenhimmels durch dunkelblaues Email und Diamantplättchen, zuerst erwähnt, dann Emailuhren, Uhren an Bandschleifen und Stahlketten. Ein Pariser Bericht von 1788 spricht von herzförmigen Datenuhren, von abgedickten und von emaillierten Uhren, die unter rosenfarbigem Morgenhimmel keine Landschaftsbilder zeigten, als vor etwas Neuem. 1788 trugen die Pariser Damen ihre Uhren lieber an Bandschleifen statt wie vorher an Ketten; 1781 gab es zwei Uhren oder wenigstens einen Schmuckgegenstand als Gegenstück. 1794 wieder hören wir von Galanterien, von Uhren nämlich, die an einem Kettenband oben getragen wurden. Eine Frage stellt sich hier, wie diese Uhren mit voller Sicherheit zu beantworten sein, die Frage nach der Herkunft dieser Uhren. Ihre Ursprung allerdings ist Genf, aber bei dem raschen gewaltigen Aufschwung der dortigen Industrie für Goldemail-Uhren benannten Genfer Unternehmer bald Niederlagen und auch Werkstätten in Paris, London und auch in Wien zu errichten, so daß in Emailuhren dieser Zeit gleiche Namen mit verschiedenen Herkunftsstätten vorkommen, oder es gründen auswandernde Genfer Gehilfen Werkstätten im Auslande.

Theater und Musik.

Posttheater Karlsruhe.

Aufführung: Adam.

Die ersten tragischen Konflikte, von denen uns die Bibel zu melden weiß, Sündenfall und Brudermord, immer wieder regen sie die Dichter und Dramatiker. Wohl nicht nur deswegen, weil es Konflikte sind, sondern auch auf die einfachste Formel gebracht, Konflikte eines ohne jedwede Umwelt schlechtlich im Weltall stehenden Menschentums, sondern weil gerade die Einfachheit der Formel, weil das Motiv in der knappen Schilderung des ersten Buches Moses der dichterischen Fantasie einen Spielraum und eine Fruchtbarkeit gewährt, wie so leicht kein zweites. Und nun, ist es

Träumen umfangen schreiten sie dahin — frei und dennoch gefesselt, Augen und Denken umhüllt von den grauen Dunstnebeln dieser stillen, kurzen Tage. . . Wann wird es lichter werden? Wann geht es dem Frühling und dem Frieden zu? . . .

Nahrungsmittelkontrolle: Im Laufe des Monats November wurden 3875 Kannen Milch geprüft und dabei 33 Proben entnommen; davon wurden von der Groß- Lebensmittelprüfstation 7 als teilweise entrahmt beanstandet. Ein Milchferment gelangte zur Anzeige, weil er Milch in schaumigen Kannten veränderte. Ferner wurden 6 Milchzucker wegen Milchfälschung angezeigt. Außerdem wurden folgende Lebensmittelproben erhoben: Butter 9, Käse 1, Brot 1, Essig 2, Wein 1, Rindfleischpulver 1. Eine Butterprobe war wegen hohen Wassergehalts zu beanstanden. 3 hiesige Birten gelangen zur Anzeige, weil sie den für Obstwein festgesetzten Höchstpreis überschritten.

Bund der Kriegsbefähigten und ehem. Kriegsteilnehmer. Im überfüllten Saale des „Goldenen Acker“ fand Dienstag abend der erste Vortragsabend des hiesigen Bezirksvereins statt. Herr Rechtsanwalt Otto Heinsheimer sprach über „Die Ansprüche der Kriegsbefähigten nach den jetzt bestehenden Gesetzen“. Seine in einstündigem Vortrag vorgebrachten klaren und sachlichen Ausführungen beseitigten manchen noch bestehenden Zweifel und Unklarheit und fanden den lebhaftesten Beifall der Anwesenden. Die Vereinsleitung wird es sich angelegen sein lassen, in Zukunft noch öfters derartige belehrende Vorträge zu veranstalten.

Spende für ein Kinderhospital. Prinz Max von Baden und Prinzessin Max von Baden haben zusammen 5000 M. für den Großherzogin Luise-Fonds gespendet, welcher als Grundstock zur Errichtung eines Kinderhospitals in Karlsruhe dienen soll. Dem Scheffel-Museum und Archiv der Stadt Karlsruhe hat der Großherzog ein wertvolles Geschenk gestiftet, bestehend in dem druckreifen Manuskript der Dichtung „Wald einjämte!“ sowie dem vom Dichter selbst geschriebenen Verlagsvertrag und einem Beileitbrief dazu.

Noten-Kreis. Der im Berdopalais zugunsten des Noten-Kreises veranstaltete Weihnachtsverkauf hat eine Nettoeinnahme von 45 000 M. ergeben. Wie in der letzten Sitzung des Landesauschusses von Noten-Kreis mitgeteilt wurde, haben sich die Finanzen des Noten-Kreises gebessert, ein Defizit ist aber immer noch vorhanden. Für Liebesgaben hat der Landesverein 1 939 254 M. ausgegeben, für die Gefangenenfürsorge 257 150 M., für Angehörige von Kriegsteilnehmern und Schweizer Militärurlaubern 258 908 M., für Ausrüstung der Krankenpfleger und -Pflegekräften 384 797 M., für Familienunterstützung der Krankenschwäger 400 000 M., für Zuschüsse an die Karlsruher Lazarette 55 000 M., für Zuschüsse für das Verwundetenheim 23 400 M. Freiwillige Gaben wurden bisher dem Noten-Kreis 2 1/2 Millionen M. zugewiesen.

Wilson's Heuchelbotschaft.

Washington, 6. Dez. (W.D. Nachrichten, Schluß.) Wilson'sch heuchelnde gefühllose Maßnahmen gegen die feindlichen Untertanen und strenge Bewachung aller in den Vereinigten Staaten ankommenden und abreisenden Personen vor. Er kündigte ein Gesetz an, durch das alle absichtlichen Besuche gegen die Verordnung des Präsidenten betr. feindliche Untertanen, die sich strafbar

gemacht haben, auch auf Frauen ausgedehnt werden. Man wird auch Konzentrationslager und Einschließung derjenigen feindlichen Untertanen, die sich gegen gesetzliche Bestimmungen vergangen, in Gefängnissen und ähnlichen Anstalten vorbereiten müssen, wo sie wie andere Verbrecher arbeiten sollen. Wilson verlangte ferner weitere Vollmachten für die Regierung zur Festsetzung von Höchstpreisen, Wiederaufnahme von Verhandlungen über die volle Ausnutzung der Wasserkraft, planmäßige Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen des Landes und betonte die Notwendigkeit anderer gesetzgeberischer Arbeit zum Ausbau der Kriegsorganisationen. Wenn ich irgend etwas übersehen habe, das notwendig ist zur wirksamen Durchführung des Krieges, so werden Ihre eigenen Vorschläge die Lücke ausfüllen. Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß in der gegenwärtigen Session des Kongresses unsere ganze Aufmerksamkeit auf die energische, kraftvolle, schnelle und erfolgreiche Durchführung der großen Aufgabe, den Krieg zu gewinnen, gerichtet sein sollte. Wir können das mit umso mehr Eifer und Begeisterung tun, als wir wissen, daß dieser Krieg für uns ein Krieg um hohe Grundsätze ist, die nicht durch selbstjüdische Sucht nach Eroberung erniedrigt werden, weil wir und alle Welt wissen, daß uns dieser Krieg aufgeworpen wurde, um die Einrichtungen, unter denen wir leben, vor Skrupulation und Vernichtung zu retten. Die Mittelmächte haben es auf das Herz aller Dinge, an die wir glauben, abgesehen. Ihre Methode der Kriegführung ist eine Beschimpfung aller Grundsätze von Menschlichkeit und ritterlicher Ehre. Ihre Intrigen formpieren die Demut und Gefinnung unter uns. Ihre unfehlige Geheimdiplomatie verübt sogar, unser Gebiet wegzunehmen und die Einheit des Staates zu zerstören. Unsere Sicherheit würde aufhören, unsere Ehre wäre für lange beschnitten und der Vernichtung preisgegeben, wenn wir ihren Triumpfen zuließen. Sie versuchen selbst, die Existenz der Demokratie und der Freiheit zu treffen. Wilson'sch, er habe offen gesprochen, wie die Zeit es erfordere, damit alle Welt wisse, daß die Vereinigten Staaten selbst in dieser fassamen Zeit ihre Ideale und Grundsätze, um derenwillen ihr Name unter den Völkern in Ehre steht, nicht vergessen.

Lezte Nachrichten.

Die neuesten Versenkungen.

Berlin, 7. Dez. (Mittl.) Im Sperrgebiet auf der Nordsee wurden durch unsere U-Boote neuerdings 13 000 T. versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich zwei große bewaffnete Dampfer, von denen einer schwer beladen war, sowie das englische Fischerfahrzeugs „Premier“. Der Chef des Admiralsabts der Marine.

Krieg an Oesterreich-Ungarn beschlossen.

Washington, 6. Dez. (Reuter.) Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses hat sich für die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn ausgesprochen.

Zu den Waffenstillstands-Verhandlungen.

London, 7. Dez. (Reuter.) „Daily Mail“ meldet aus Petersburg vom 4. Dez.: Die Abordnungen für den Abschluß des Waffenstillstandes haben beschlossen, nur die Frage

des Waffenstillstandes zu besprechen und die Friedensverhandlungen einer europäischen Konferenz zu überlassen.

Berlin, 6. Dez. Zu den Waffenstillstandsverhandlungen bringt der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Petersburg folgende Einzelheiten: In den Regierungskreisen und im Smolny-Institut verlautet, daß die Deutschen nicht so leicht mit sich verhandeln lassen wie man erwartet hatte. Eines ist klar und ganz Rusland ist der Ansicht, daß der Krieg um jeden Preis eingestellt werden muß. Selbst das Organ der sozialrevolutionären Partei (gemäßigt und Begruer der Bolschewiki) schreibt in diesem Sinne.

Nach der „Deutschen Tageszeitung“ meldet die Petersburger „Wrawda“: Am Montag teilte Trotski im Soldaten- und Arbeiterrat mit, nach dem Waffenstillstand würden sofort allgemeine Friedensverhandlungen aufgenommen. Ihr Beginn sei noch in diesem Monat zu erwarten.

Bern, 7. Dez. Der russische Mitarbeiter des „Bund“ berichtet: Petersburger Blätter berichten über große Kundgebungen, die aus Anlaß der Entbindung der Waffenstillstandsverhandlungen in Petersburg veranstaltet werden. Dem Petersburger „Dien“ zufolge soll der „Newski-Prospekt“ in Petersburg in „Friedens-Prospekt“ umgenannt werden.

Finanzielle Anstrengungen Amerikas.

Washington, 6. Dez. (Reuter.) Der dem Kongress vorgelegte Staatshaushaltsvoranschlag fordert 13 1/2 Milliarden Dollar. Dies ist die größte Vorlage in der Geschichte des amerikanischen Volkes. Ueber 11 Milliarden davon werden für Kriegszwecke veranschlagt. Die Voranschläge für Heer und Flotte betragen 6615 Millionen bzw. 1014 Millionen, während für den Staatsdienst einschließlich des Finanzwesens 1138 Millionen verlangt werden, darunter 640 Millionen für die Luftflotte.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 33 G. Nach unserem Dafürhalten hat der Mann, wenn er aus dem Lazarett zu seinem Erbschaftsteil kommt, Anspruch auf einen Erbschaftsurlaub. Die Mutter soll es mit einer kranken Eingabe an den betreffenden Erbschaftsteil unter Schilderung der Verhältnisse versuchen.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Lezte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstr. 24

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein Kassalla.) Anstände halber fällt die Probe aus, nächste Probe 15. Dez. 1845 Der Vorstand. Dursch. (Sozialdem. Bürgerausschussfraktion.) Samstag, 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Goldenen Löwen“ Fraktions-sitzung. Tagesordnung: Beratung der Vorlagen zur Bürger-ausschussfraktion am nächsten Montag. Vollzähliges Erscheinen absolut notwendig. 1844

Hagsfeld. (Sozialdem. Bürgerausschussfraktion.) Kommenden Samstag abends 8 Uhr findet im „Hirsj“ Fraktions-sitzung statt. Es ist Pflicht sämtlicher Mitglieder, zu erscheinen. 1840 J. A. S. Linder.

Bekanntmachung.

Zur Veranschaulichung sollen auch in diesem Jahre die Steine von rohen, gelochten oder gedörrten Kirichen, Blaumen, Zwetschen, Mirabellen, Reineclauden, Apfelsinen (Pflaumen nicht), sowie Kürbis, Apfelsinen, Zitronenkerne gesammelt werden.

Die Steine und Kerne sind nach Möglichkeit zu reinigen, von anhängendem Fruchtfleisch zu befreien und in der Sonne zu trocknen. Bei der Ablieferung müssen die einzelnen Sorten von einander getrennt sein.

Sammelstellen, bei denen die Steine und Kerne abgeliefert werden können, sind das städtische Gartenamt, Etlingerstraße, das Badewerk I, Kaiserallee, und die Gemeindefekretariate der Vororte.

Ablieferungszeit nachmittags von 3 bis 5 Uhr. Als Vergütung erhalten die Sammler nach ihrer Wahl für das Kilogramm abgelieferter

Kirichen, Blaumen, Zwetschen, Reineclauden, Mirabellen- und Apfelsinenkerne . . . 10 Pfg. oder 4 Knochenbrühwürfel Kürbiskerne . . . 15 „ „ 6 „ „ Apfelsinen- u. Zitronenkerne . . . 35 „ „ 14 „ „ sofort bei der Ablieferung.

Wir bitten die hiesige Bevölkerung im Interesse der Allgemeinheit, die Steine des verbrauchten Obstes nicht wegzuworfen, sondern zu sammeln und bei den genannten Sammelstellen abzuliefern.

Karlsruhe, den 24. September 1917. 1100

Der Stadtrat.

Bitte.

Für die im Stadt. Kinderheim, Südelstraße 11, untergebrachten Kinder und für die Anassen des Stadt. Altersheims, Jähringerstraße 4, soll auch in diesem Jahre wieder eine Weihnachtsbescherung

betrieben werden. Wir richten an Freunde und Gönner der beiden Anstalten die Bitte, uns durch Zuwendung von Gaben die Veranstaltung einer Weihnachtsbescherung zu ermöglichen.

Zur Empfangnahme von Gaben sind sämtliche Mitglieder der unterzeichneten Kommission bereit; insbesondere für das städtische Kinderheim:

Herr Armentrat Frh. Mayer, Inspektor des Hauses, Amalienstraße 44, Frau Dr. Sachs-Jittel, Kriegsstr. 136, Herr prakt. Arzt Dr. Blatter, Hausarzt, Weidenstr. 38 und dieVorsteherin, Ober-schwärzer Alida Ketsch, Ehlstraße 11.

Für das Stadt. Altersheim: Frau Prof. Richter, Inspektorin des Hauses, Etlingerstraße 67, Herr Stadtarzt Dr. Felsing, Hausarzt, Stefanienstr. 65, und dieVorsteherin, Oberschwärzer Marie Wll, Jähringerstraße 4.

Karlsruhe, den 20. November 1917. 1722

Kommission für Armenwesen und Jugendfürsorge.

An den **Sonntagen** vor Weihnachten d. 9., 16. u. 23. Dez. ist unser Geschäft von 1 bis 6 Uhr geöffnet. Die Leihbibliothek bleibt sonntags geschlossen. Hermann 1897 **TIETZ**

Bei den **Stadt. Handwagen-Vermietungsstellen** Gaswerk I, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5850, und Oberstraße 35, Fernsprecher Rathaus, stehen Handwagen mit Bedienung durch Schiller für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung. Die Miete einschließlich Bedienung beträgt für eine Stunde 75 S. Sie ist im voraus zu bezahlen. Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller am Tage vorher oder spätestens am Bestimmungstage bis vorm. 9 Uhr anzubringen. 1845 Das Bürgermeisteramt

Gesucht werden: Köchinnen für Privat Mädchen für alles Mädchen zum Anlernen sowie Stundenfrauen für häusliche Arbeiten für sofort oder später. 889 Stadt. Arbeitsamt Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe Jähringerstr. 100, 3. Stock.

Venedig und die Piave-Linie neueste Karte vom **italienischen Kriegsschauplatz** gut beschriftet und sehr übersichtlich. Preis 60 Pfg. (nach auswärts 5 Pfg. Porto). Zu beziehen durch die **Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24**

Schlachtperde und sonstige Tiere, die zur menschlichen Nahrung nicht verwendbar sind, werden stets angekauft von dem **Städtischen Gartenamt Karlsruhe.**

Mähmaschine. Wer eine solche, beste Qualität (neu), bei monatlich 10 günstiger Zahlung kaufen will, sende seine Adresse Zirkel 13, 2. St. 1771

Gefunden ein Bündel Wäsche Dienstag Abend in der Karlstraße. 1871 Abg. holen Jähringerstr. 35, 2. St.

Mädchen tüchtiges, selbständiges für sofort oder auf 15. Dezember gesucht. 1838 **Gramlich** Pferdeshlächterei Durlacherstraße 59. **Tüchtiges Weinnädchen** in gutes Haus auf 1. oder 15. Januar gesucht. 1845 Belortstraße 9, 2. St.

Vaterländische Volksfeiern.

An unsere Mitbürger!

Im Laufe des vorigen und des jetzigen Jahres sind von dem unterzeichneten Ausschuss eine größere Anzahl von Vaterländischen Volksfeiern verschiedener Art und in den verschiedenen Stadtteilen veranstaltet worden. Wie wir hoffen möchten, haben sie ihrem Zweck, die Stimmung der vom Krieg hart getroffenen Schichten unserer Bevölkerung zu heben, wohl gedient. Die Mittel zur Deckung der entstandenen Kosten sind uns im vorigen Jahre von Freunden und Gönnern unserer Sache hochherzig zur Verfügung gestellt worden. Doch sind sie jetzt so weit verbraucht, daß wir, um die für den laufenden Winter geplanten Unternehmungen fortführen zu können, genötigt sind, uns mit der **herzlichen Bitte um weitere Gaben** an unsere Mitbürger wenden zu müssen.

Die uns so zustießenden Mittel werden auch künftighin dazu verwandt werden, denen, die von den schweren Sorgen und Leiden des Krieges niedergedrückt sind, Stunden des Trostes und der Erholung zu schaffen und ihnen den Mut zum Durchhalten und die Zuversicht auf ein gutes und baldiges Ende des Krieges zu stärken.

Die uns zugedachten Gaben bitten wir bei der Städtischen Sparkasse, Giro-Conto 1029, einzubezahlen. Auch sind die Unterzeichneten zur Annahme von Gaben bereit.

Karlsruhe, im November 1917.

Der Ausschuss zur Veranstaltung vaterländischer Volksfeiern.

Dr. Appel, Rabbiner. Dr. Baffermann, Geh. Hofrat. Binder, Redakteur. Dr. Binz, Stadtrat, Geh. Hofrat. Dr. Blauf, Professor. Bloß, Stadtrat. Bodenstein, Geißl. Rat. Dr. Freiherr v. Bodman, Minister des Innern. Dr. Claus, prakt. Arzt. Ebert, Detan. Eichrodt, Kunstmaler. Frey, Stadtverordneter-Dannmann. Fischer, Hofprediger. Fris, Oberlehrer. Dr. Häukner, Gymn. Dir., Geh. Hofrat. Heinsheimer, Rechtsanwält. Helbing, Professor. D. Hesselbacher, Stadtpfarrer. Frau Fabrikant H. Himmelsberger, Hof, Stadtverordneter. Dr. Hübsch, Minister des Kultus und Unterrichts. Isbert, Generalleutnant. Krörzer, Geißl. Rat. Koelle, Geh. Kommerzienrat. Kolb, Stadtrat. Dr. Lewald, Geh. Rat. Link, Stadtpfarrer. Müller, Geh. Rat. Dr. Desterling, Bibliothekar. Ordensstein, Hofrat. Dr. Ott, Direktor der Humboldt-Hochschule. Frau Rehmann, Direktor der Goetheschule. Geh. Hofrat. Rehbod, Geh. Baureat. Professor an der Hochschule. Frau Prof. Dr. Richter. Frau Dr. Sachs-Zittel. Schier, Hoflieferant. Frau Oberlandesgerichtsrat Schmidt. Dr. Seidenadel, Geh. Reg.-Rat. Siegrist, Oberbürgermeister. Stehlin, Rektor. Stumpf, Stadtpfarrer. Uibel, Geheimer Rat, Präsident des evang. Oberkirchenrats.

Eintrachtssaal.
Sonntag, den 9. Dezember, nachmittags 3 Uhr,
Bearbeitung für die Arbeiterinnen
der hiesigen Fabriken und anderer Betriebe.

Vorträge:
Freifrau von Marschall:
„Die landwirtschaftliche Arbeiterin.“
Frau Dr. Siebert:
„Die Arbeiterin in der Industrie.“
Weihnachtsbilder mit Chorgesängen.
Die Fürsorgevermittlungsstelle.

Kriegs-Ortsausschuß der Karlsruher Rasensportvereine.
Sonntag, 9. Dezember 1917, nachm. 2 1/2 Uhr,
Verein für Bewegungsspiele Karlsruhe-
Phoenix-Allemania Karlsruhe
Entscheidung um die Bezirksmeisterschaft
Kl. A.
Sportplatz bei der Telegraphenkaserne.
Ferner:
Südstern I — Germania Durlach II.
Sportplatz Mühlburg. 1846

Brennholz-Verkauf.
Buchen und Eichen, gefägt . . . per Jtr. M. 4.60
Buchen u. Eichen, gefägt u. gepalsten . . . 4.80
für alle Holzungen zum Strecken des Bedarfes von stöhlen u. Holz verwendbar.
Tannen und Fichten, gefägt . . . 5.60
Tannen und Fichten, gefägt und grob gepalsten . . . 5.80
Tannen und Fichten, gefägt, fein gepalsten, **Anfeuerholz** . . . 6.50
ab Lagerplatz **Schlachthofstraße 13.**
Auf Wunsch zugeführt und ins Haus geschafft zum Selbstkostenpreis. 1770

Ludwig Braun
Holzhandlung. Telephon 5222.

Große Auswahl
Damen-Regenmäntel
und Muffen, besonders **Maßta-** und **Kreuz-Füchse.**
32 Nur Zirkel 32, eine Treppe hoch.
W. Lehmann, im Hause der Fahrradhandlung 1809
Kein Laden. — Mäßige Preise.
Sonntags von 11 Uhr ab geöffnet.

Wir empfehlen unser gut sortiertes Lager in
Noten für alle Instrumente
Versand nach auswärts erfolgt pünktlich. 1629
Odeon-Musikhaus
Karlsruhe. Kaiserstrasse 175.

Wir suchen für unsere Nahrungsmittelfabrik
fleißige, saubere, junge
Mädchen.
Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.
Gesellschaft Sinner
Grünwinkel.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Eheaufgebote. August Leger von Auhbach, Fuhrmann hier, mit Luise Nagel von Dagsfeld. Karl Bahmannsdorff von Heibelberg. Kaufmann hier, mit Mina Feltig von hier.
Geburten. Wilhelm Jakob Gustav, v. Ludwig Antrittler, Tagelöhner. Hermann Erich, v. August Löhringer, Hauptlehrer. Paul Alfred, v. Alfred Schubert, Maler. Siegfried, v. August Weber, Eigefeldweber. Josef, v. Georg Winterstein, Musiker. Elisabeth Anna Katharina, v. Johannes Puhlinger, Obsthändler.
Todesfälle. 1. Dez.: Luise Scheurer, alt 58 Jahre, Ehefrau von Ignaz Scheurer, Zugmeister. — 2. Dez.: Emil Jost, Schriftf. Ehemann, alt 52 Jahre. — 3. Dez.: Johann Zoller, Tagelöhner, Wittwer, alt 90 J. Karl Daas, Privatmann, ledig, alt 70 J. Bruno Kohler, Hilfsarbeiter, Ehemann, alt 41 J. Julius Hermann, Tapeziermeister, Ehemann, alt 68 J. Mathias Kunz, Kochmacher, ledig, alt 37 J. Anna, alt 18, v. Hermann Sed, Schloßier. Elise Arenz, alt 94 J. Privat, ledig.

Die unterzeichneten Banken und Bankiers erklären sich bereit, Gelder, die zur Zeichnung auf die

VIII. Kriegsanleihe

bestimmt sind, jetzt schon anzunehmen und bis zum Zeichnungstermin

zu 4 1/2 %

zu verzinsen.

Badische Bank Ignaz Ellern Veit L. Homburger Mitteldeutsche Credifbank Heinrich Müller	Rheinische Credifbank Sfraus & Co. Süddeutsche Disconto-Gesellschaft Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H.
--	--

1847

GALERIE MOOS
Kaiserstrasse 187
15. Nov. — 31. Dez. 1917
Gemälde
Badischer Künstler
Neue Graphik:
Farbenholzschmitte
Radierungen. 777

Für meine Leihanstalt
suche ich
Flügel und Pianinos
zu kaufen
und erbitte Angebote.
Ludwig Schweisgut,
Hoflieferant Karlsruhe,
Erbringenzstraße 4.

Städt. Badenanstalt
(Vierordtbad)
Karlsruhe.
Medizinische Bäder.
Fichtennadel-Salz-Rappenauner oder Stassfurter).
Mutterlauge u. Schwefel- (Thiopinol-)Bäder.
Badezeit für Herren und Damen: 8-1 Uhr vorm. und 3-8 Uhr nachm. Samstags bis 9 1/2 Uhr. Sonntags 8-12 Uhr. Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 224

Öffentliche Versteigerung wegen Barzahlung: Fundstücken vom 3. Vierteljahr 1917 und unbestehbare Grundstücke, darunter 1 Schreibmaschine, 4 photographische Apparate, 2 Fahrräder, 2 goldene Armbänder, 2 goldene Damenuhren, 1 silberne Damenuhr, 2 Helme, 1 Damenpelztragen, 1 Wimmermuff, 1 Ritze Futtererschneidmaschinennest, 1 Farbmühle am Dienstag, den 11. Dezember 1. J. vormittags 8 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend in der Expreßguthalle Karlsruhe Hauptbahnhof. Die besonders genannten Gegenstände werden von 10 Uhr vormittags an ausgesetzt. 1889 Karlsruhe, 6. Dezember 1917. **Versteigerungsamt der Gr. Generaldir. d. Staatsbahn.**

Grosser Rathaussaal.
Zugunsten des Bad. Heimatdank :: Ortsausschuss Karlsruhe
Freitag, den 7. Dezember 1917, abends 8 Uhr,
Vortrag
des Herrn Leutnants d. R. Dolland:
„Die Durchbruchsschlacht in Italien, Selbsterlebtes vom Isonzo bis zur Piave“.
Vorverkauf der Eintrittskarten zu 2 Mk., 1 Mk. 50 Pfg., 1 Mk. und 50 Pfg. in der Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert**, Kaiserstrasse 159, Eingang Ritterstrasse. 1822

Bezug
die
Sch
tischen
neten
die Me
hr wie
Staats
lat nar
das gle
oder be
bar er
nen Un
man an
lassen.
Tatsach
mehr o
Prinzip
schieden
Der
gebracht
holt an
heute n
oder de
gibt es
ausgesd
witter
pressen.
als Mit
darüber
Preußer
ralwahl
karl en
tag bei
Wahlrec
mit auc
Verfuch
geschichte
Der
rung w
stehende
Gesetz n
fürmisch
vor, daß
das glei
fassung
Wahlred
renhazje
Mehrheit
Gerrenh
Mittel.
Blie
laufen in
ebenfo u
bleiben
Lösung
Partei
Wenn S
alle Geg
gelagt, d
zugesen
an fanat
endsten
nis. Ge
Ebenfo h
und die
Es m
ob von d
ten ist.
rechts m
wie mögl
man aus
ling, die
Erkühler
der Wah
Erkühler
noch hin
vermiebe
kommt.